



3 AGGRESSION GEGEN IRAN / RELIGIÖSE SPALTUNG IN INDIEN
International

6 ENTEIGNUNGEN IN THÜRINGEN
Thüringen

8 MACHTDEMONSTRATIONEN MIT VERBOTSZONEN
Berlin

10 LASST EUCH NICHT SPALTEN!
Hamburg

12 BSAG MIT NEUER PREISSTRATEGIE
Bremen

14 ARMUTSBERICHT VS. REALITÄT
BRD

16 KINDERGARTENPLÄTZE? NICHT FÜR ARME!
Frauen

18 LESERBRIEF: TV-SERIE KU'DAMM 56
Kultur

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Jahr begann wortwörtlich mit einem Knall in der BRD. Nicht nur mit einem, um genau zu sein, sondern mit mehreren. Seit Wochen wird in der bürgerlichen Presse über die Ausschreitungen von Connewitz in Leipzig zu Silvester diskutiert. Die Polizei wurde dermaßen vorgeführt, dass sie nicht davor zurückschreckte, diverse Lügengeschichten über Notoperationen usw. zu erfinden. Aber auch in anderen Städten griffen Massen die verhassten Symbole des Staates an. In Hamburg wurde im Arbeiterstadtteil Steilshoop ein Streifenwagen angezündet, der komplett ausbrannte. Die Polizei setzte hier mehrere tausend Euro Belohnung für Hinweise auf die Täter aus. In Wolfsburg attackierten Jugendliche eine Schule, da nichts in diesem System mehr für die Eingliederung in eben jenes steht - ein durchaus nachvollziehbarer Akt der Rebellion. Sicherlich gab es in der BRD noch mehr ähnliche Aktionen, über die in der bürgerlichen Presse nicht berichtet wurde oder über die wir bis Redaktionsschluss noch keine Kenntnis erlangt haben. Was uns all das zeigt ist, dass wir auch in der BRD eine deutliche revolutionäre Situation in starker ungleicher Entwicklung haben. Die Massen wollen kämpfen, und da ihnen die Führung dazu fehlt, ihre Rebellion zu kanalisieren, suchen sie sich ihre eigenen Ventile.

Auch der Yankee-Imperialismus ließ es direkt zum Beginn des Jahres knallen und ermordete mit einem Raketenschlag den zweithöchsten Mann des iranischen Staates - und das auf irakischem Boden. Diese neuerliche Eskalation der Yankees reiht sich ein in die Aggressionen gegen die Länder West- und Zentralasiens, die sie systematisch betreiben. Sie tun dies der Logik der Imperialisten nach, überall auf der Welt Chaos zu stiften. Doch die Völker der Welt haben bereits vergangenes Jahr wieder einmal deutlich gezeigt, dass sie den

Machenschaften der Imperialisten ein Ende setzen werden und bereit sind, den Kampf aufzunehmen.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern ein frohes und kämpferisches Jahr 2020.

Eure RoPo-Redaktion

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Franziska Vogler, Blodigstraße 15, 80933 München

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

YANKEE-IMPERIALISMUS ESKALIERT AGGRESSION

Schon häufiger haben wir in den letzten Monaten über die imperialistische Aggression der USA gegen den Iran berichtet. Nun, direkt zu Beginn des Jahres 2020, hat der Yankee-Imperialismus seine Aggressionen gegen die Länder West- und Zentralasiens eskaliert. In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar ermordeten die USA den Kommandanten der Al-Kuds-Brigaden und hochrangigen General, Kassam Soleimani, durch einen Raketenangriff nahe des Flughafens der irakischen Hauptstadt Bagdad. Laut Aussagen des Pentagon erfolgte die Ermordung nach direkter Anweisung von US-Präsident Donald Trump und angeblich als Präventivmaßnahme, um zukünftige Attacken auf Yankee-Truppen in der Region verhindern solle. Im gleichen Zuge verkündeten die USA die zusätzliche Stationierung von weiteren 3500 Soldaten im Irak.

Schon häufiger haben wir in den letzten Monaten über die imperialistische Aggression der USA gegen den Iran berichtet. Nun, direkt zu Beginn des Jahres 2020, hat der Yankee-Imperialismus seine Aggressionen gegen die Länder West- und Zentralasiens eskaliert. In der Nacht vom 2. auf den 3. Januar ermordeten die USA den Kommandanten der Al-Kuds-Brigaden und hochrangigen General, Kassam Soleimani, durch einen Raketenangriff nahe des Flughafens der irakischen Hauptstadt Bagdad. Man stelle sich Vergleichbares und die Reaktion darauf in den imperialistischen Nationen vor - die deutsche Verteidigungsministerin würde im Ausland umgebracht, oder der Außenminister der USA; letzteres würde eine sofortige Kriegserklärung der Yankees an wer auch immer das gewesen ist mit sich bringen. Laut Aussagen des Pentagon erfolgte die Ermordung Soleimanis nach direkter Anweisung von US-Präsident Donald Trump und angeblich als Präventivmaßnahme, um zukünftige Attacken auf Yankee-Truppen in der Region verhindern solle. Im gleichen Zuge verkündeten die USA die zusätzliche Stationierung von weiteren 3500 Soldaten im Irak.

Seit der Ermordung Soleimanis sind nun schon einige Wochen vergangen und vieles ist in der Zwischenzeit passiert. Etliche Drohungen von beiden Seiten, große Massenproteste gegen den Yankee-Imperialismus, ein Raketenangriff auf die US-Botschaft und auf einen US-Militärstützpunkt im Irak, ein abgeschossenes ukrainisches Flugzeug,

viele Politiker aus verschiedenen Ländern, die sich zu den Geschehnissen geäußert haben und noch viel mehr Spekulationen darüber, was nun passieren wird. Die meisten anderen Imperialisten, sowie auch die BRD sprachen sich eher gegen den Vorstoß der Yankees aus. Nicht, weil sie alle auf einmal Antiimperialisten geworden sind, sondern ganz einfach, weil sie am liebsten selbst einen größeren Anteil an der Neuaufteilung der Region abbekommen möchten. Die Yankees und auch die Nato, die von den USA geführt wird, stehen weiterhin zu ihrem Handeln und rechtfertigen dieses mit faden-scheinigen Behauptungen. Auf der anderen Seite nehmen sie kein Blatt vor den Mund. So verkündete das Pentagon: *„Die vereinigten Staaten werden weiterhin alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um unser Volk und unsere Interessen überall auf der Welt zu schützen.“* Wie es nun genau weitergeht, ist unklar, und auch wir wollen nicht über konkretere Dinge spekulieren. Doch mit Sicherheit werden die Aggressionen der Yankees im sogenannten Erweiterten Mittleren Osten weiter anhalten, denn eine instabile Region ist eine Region, die leichter auszubeuten ist. Wie auch schon erwähnt, hat es nach der Tötung Soleimanis große Massenproteste gegeben. Die Aggression der Yankees geben der iranischen Regierung die Möglichkeit, das Volk und unterschiedliche Kräfte hinter sich zu vereinen. Die Proteste, die zum Tod Soleimanis stattfanden, richteten sich in der Hauptsache gegen die USA bzw. gegen die imperialistische Aggression der Yankees. Die Parole, die am meisten gerufen wurde, war „Tod den USA“.

Alles in allem muss gesagt sein, dass die Yankees den Konflikt, den sie gegen den Iran und in der Hauptsache gegen das iranische Volk führen, auf eine höhere und aggressivere Stufe bringen. Doch weder die USA noch irgendein anderer imperialistischer Staat haben das Recht dazu, sich in die inneren Angelegenheiten anderer und Staaten und Völker, wie in diesem Fall dem iranischen oder irakischen Volk reinzupfuschen. Das iranische Volk wird sich selber befreien und nicht von einem Imperialisten von außen „befreit“ werden. Die Aggression der Yankees bedeutet nur noch Tod und Zerstörung für die Völker der Region. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen muss immer gegen die Aggression des Imperialismus verteidigt werden.*

KÄMPFE UND PROTESTE IN INDIEN GEGEN RELIGIÖSE SPALTUNG

Anfang Dezember 2019 flammten kraftvolle Proteste im zweitbevölkerungsreichsten Land der Welt, in Indien, auf. Der Grund ist das neue „Staatsbürgerschaftsgesetz“, das von Ministerpräsident Narendra Modi und seiner Partei, der BJP, verabschiedet wurde. Das Gesetz sieht vor, dass Migranten aus Nachbarländern Indiens die indische Staatsbürgerschaft erhalten können, sofern sie sechs Jahre in Indien gearbeitet haben. Die Besonderheit ist allerdings, dass Muslime gänzlich und ausdrücklich davon ausgeschlossen sind. Das sei laut indischer Regierung notwendig, da andere Religionen in Indiens Nachbarländern Minderheiten seien, die verfolgt werden. Ganz eindeutig ein gezielter Angriff gegen die Muslime in Indien und die muslimischen Flüchtlinge, die aus den genannten Ländern kommen.

Bereits im August beschloss das Modi-Regime die vollständige Eingliederung des mehrheitlich muslimischen und auf dem Papier zu Indien gehörenden Kaschmir. Kaschmir ist das Gebiet in Indien, wo die Unterdrückung von Muslimen am heftigsten zum Ausdruck kommt; auch schon hier folgten auf den Beschluss große Proteste. Des weiteren wurde im Oktober letzten Jahres im Bundesstaat Assam ein neues Staatsbürgerregister veröffentlicht, welches rund zwei Millionen muslimische Menschen vom einen auf den anderen Tag für staatenlos erklärte. So ist eine ganz klare Unterdrückung von Muslimen im hauptsächlich von Hindus bewohnten Indien zu erkennen, die sich schon seit Jahrzehnten verstärkt ausdrückt.

Schon geschichtlich gesehen spielen die Spaltereien der Herrschenden zwischen Muslimen und Hindus in Indien eine wichtige Rolle. Diesen Kommunalismus machten sich bereits die Briten während ihrer Kolonialherrschaft über Indien zunutze, indem sie zum einen die Klassenwidersprüche und zum anderen die nationale Befreiungsbewegung in den Hintergrund stellten und den Konflikt zwischen den unterschiedlichen Konfessionen anheizten. Vor allem das Einbeziehen von Religion in politische Angelegenheiten förderte die Spaltung innerhalb des Volkes. Und genau dieser Konflikt ist für die Herrschenden heute weiterhin äußerst nützlich. Wer hauptsächlich darunter zu leiden hat, sind die

Muslime. Eines der bekanntesten und auch grausamsten Beispiele ist das Pogrom von Gujarat aus dem Jahre 2002. Der heutige Ministerpräsident Indiens, Narendra Modi, war damals der Ministerpräsident des Bundesstaates Gujarat. Bei diesem Pogrom wurden rund 2000 Muslime umgebracht, etliche Häuser niedergebrannt und massenhaft Frauen vergewaltigt. Dieses Massaker wurde im Vorfeld in einem Zusammenspiel von Polizei, der heutigen Regierungspartei BJP und der „Nationalen Freiwilligenorganisation“ (abgekürzt RSS) organisiert. Dieses Beispiel aus Gujarat ist alles andere als ein Einzelfall, denn immer wieder folgen Morde, Vergewaltigungen, Vertreibungen und Zerstörungen gegen muslimische Menschen und immer wieder stecken Organisationen wie die RSS, die ihre Finger ganz oben mit im Spiel haben, hinter den Verbrechen. Bei all diesen Verbrechen ist es wichtig festzustellen, dass die ermordeten Muslime in der Hauptsache arme Bauern und Landarbeiter waren, während die Mörder großen Organisationen, die vom Regime unterstützt werden, angehören, oder Kleinbürger sind, deren Existenzängste sich die Herrschenden zunutze machen. Einige dieser Fälle haben es aufgrund ihrer Grausamkeit auch schon hier in der BRD in die bürgerlichen Medien geschafft.

Wer es auch bereits in die deutschen bürgerlichen Medien geschafft hat, ist der RSS. Er besteht seit 1925 und ist der paramilitärische Arm der Regierungspartei BJP. Etliche hohe Ämter wie das des Premierminister oder das des Innenminister wurden bereits vom RSS belegt. Und auch der amtierende Ministerpräsident Modi und damit höchster Vertreter des indischen Staates ist Mitglied des RSS. Der Hinduismus wird nicht als Religion, sondern als übergeordnete Staatsideologie gesehen, was auch nochmal ganz klar die Vermischung von Religion und Politik offenlegt. Einer der Vordenker des RSS, J. Nandakumar, sagte in einem Interview:

„Unsere Organisation sieht das so: Jeder einzelne, der hier lebt und der Indien als seine Heimat betrachtet, sollte seine Wurzeln anerkennen. Und das bedeutet eben, dass alle hier Hindus sind - unabhängig davon, welcher Religion sie angehören. Egal, ob sie Thomas, Peter oder Mohamed heißen“.

Dass Muslime schon seit weit über 1000 Jahren auf dem Territorium des heutigen Indien beheimatet sind, wird einfach aus der Geschichte rausgestrichen. So geht das Streben des Regimes und des RSS ganz klar in Richtung eines moslemfreien Indiens. Schon 2014 wurde von der BJP als Ziel festgelegt, dass bis zum Jahr 2021 keine Muslime mehr in Indien leben sollen. Zum heutigen Zeitpunkt sind es noch rund 14 Prozent der Bevölkerung, was einer Zahl von etwa 200 Millionen entspricht.

Wie eingangs schon gesagt, gab es wieder große Proteste in Teilen Indiens. Hauptsächlich entfachten sich diese in den Teilen des Landes, die Grenzen zu hauptsächlich muslimischen Ländern haben. So fanden die Proteste ihre Höhepunkte in den Bundesstaaten Assam, West-Bengalen und Tripura. Aber auch in der Hauptstadt Neu-Delhi blieb es nicht ruhig. Es wurden Straßensperren errichtet, Autos, Busse, Bahnhöfe und Geschäfte angezündet, sowie Auseinandersetzungen mit der Polizei geführt. Um den Protest zu brechen, verhängte das Regime Ausgangssperren und Versammlungsverbote, stellte an vielen Orten die Telefon- und Internetverbindungen ab und erschoss etliche Personen. Doch die Proteste gingen weiter und die Menschen wehrten sich mit viel Kraft und dem Tod in Kauf nehmend gegen ihre Unterdrückung. In vielen Teilen der Welt sind vor allem Muslime wegen ihrer Religion mit chauvinistischer Hetze konfrontiert. Das kennen wir auch hier aus der BRD. Dabei sollten wir uns als Klasse, egal welche Religion, nicht von den Herrschenden spalten lassen, nirgends auf der Welt. Jeder hat das Recht zu glauben was er möchte. Doch jede Spaltung unserer Klasse spielt am Ende den Imperialisten in die Karten.

Auf diesem Standpunkt stehen auch die Genossen der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch). Seit Jahren führt die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch) den Volkskrieg gegen den alten indischen Staat, der ein Lakai des Yankee-Imperialismus ist. Es ist ein Kampf, der eine enorme Qualität hat und der immer weiter voranschreitet. Für den alten indischen Staat ist er nach eigener Aussage das „größte Sicherheitsrisiko des Landes“. Immer wieder gibt es Meldungen von Aktionen der KPI (maoistisch) und der von ihr geführten Volksbefreiungsguerillaarmee, der Armee des Volkes, die Hand in Hand mit den tiefsten und breitesten Massen kämpft. Die verschiedenen Kämpfe, die die Unterdrückten in Indien seit Jahren schon führen, geraten häufig in Vergessenheit, da sie nicht in den großen Städten, sondern auf dem Land stattfinden. Doch in den unterdrückten Nationen - wie Indien - leben die meisten Menschen nunmal auf dem Land, sind arme Bauern und werden von den Imperialisten und ihren Lakaien unterdrückt, vertrieben und ermordet. So entfaltet die KPI (maoistisch) Kämpfe in verschiedenen Bundesstaaten des Landes, wie z.B. in Maharashtra, Chhattisgarh, Jharkhand und in Madhya Pradesh. Doch dieser glorreiche Kampf erfordert auch einen hohen Preis. Seit 2009 läuft die sogenannte „Operation Green Hunt“ der Regierung gegen die Partei und das Volk. Diese bedeutet nichts anderes als Terror gegen das Volk, hat schon unzählige Opfer gekostet und wird aktiv von den Imperialisten wie den USA unterstützt. Doch der Kampf geht weiter, und er wird unweigerlich zum Sieg gegen den Imperialismus und seine Lakaien führen. •



ENTEIGNUNGEN IN THÜRINGEN

2019 war das Jahr des großen Erinnerns. 100 Jahre Bauhaus und 30 Jahre Annexion der DDR durch die BRD trugen genau so zur Selbstbeweihräucherung des „besseren Deutschlands“ bei wie das große Lob, das anlässlich des hundertsten Jahrestages der Weimarer Republik ausgeschüttet wurde. Auch wir Kommunisten hatten zu Feiern. Der hundertste Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands führte uns allen die große Aufgabe, aber auch das große Vermächtnis der Arbeiterklasse vor Augen. An der Annexion der DDR und an der Weimarer Republik können Kommunisten freilich nichts gutes finden, ging letzteres doch mit der Ermordung der Märtyrer unserer Klasse Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht einher. Auch deren Mord durch die deutsche Freikorps nach Auftrag und Billigung durch die Sozialdemokratie beweinten wir zum hundertsten Male, schworen zum hundertsten Male, ihre Aufgabe zu Ende zu führen.

Eine Erinnerung an die Folgen der Annexion der DDR kam dieses Jahr auch wieder auf den Tisch und beschäftigte die Gerichte. Das ehemalige Schloss Reinhardsbrunn wurde 1945 durch die sowjetische Verwaltung enteignet und später ins Volkseigentum übertragen. Davor war es Eigentum des Herzogtums zu Sachsen Coburg und Gotha. Diese erlangten ihren Reichtum durch die Ausbeutung und Unterdrückung des Volkes. Die Enteignung durch die sowjetischen Befreier war also nur folgerichtig.

Es wurde fortan als Schulungszentrum für Polizei und Feuerwehr benutzt. 1953 jedoch folgte ein folgenschwerer Machtwechsel in der Sowjetunion, der auch an Deutschland nicht vorbeiging. Unter der neuen, revisionistischen Führung wurde das Schloss fortan als Hotel genutzt - vornehmlich jedoch als Devisenbringer und Domizil für Gäste aus dem westlichen Ausland. Dem DDR-Bürger stand allein der Park zur Verfügung, in welchem regelmäßig Ferienlager stattfanden.

Nach der Annexion wurde das Schloss wie so viele funktionierende Wirtschaftsbetriebe der dann ehemaligen DDR verscherbelt. Und wie so oft an Käufer aus dem Westen. Wurden viele sonstige Betriebe durch die Käufer einfach runtergewirtschaftet, blieb das Objekt jedoch einfach ungenutzt. Und das bis heute - zwischendurch wechselte es mehrmals den Besitzer. Zeitweise war es in Besitz der Familie eines russischen Politikers und diente hier angeblich schlicht der Geldwäsche. Auch die Brut des Herzoghauses machte Ansprüche geltend. Hier wurde jedoch eine investive gütliche Einigung gefunden. Soll heißen, damit der Herzog auf seinen Anspruch am Schloss verzichtet, hat das Land ihm umfangreichen Forstgrund aus Landesbesitz übertragen. Als Holzhändler und auch ansonsten Besitzer unzähliger Ländereien kann die Familie nun offensichtlich weiterhin sehr gut leben.



Schloss Reinhardsbrunn

Das muss jedem normal denkenden Menschen, Kommunist oder nicht, die Zornesröte ins Gesicht treiben. Die Enteignung und die Abwicklung des deutschen Kaiserreichs und seiner Höfe wurde in der Weimarer Republik leider nicht so effektiv betrieben wie nach dem Sieg der sozialistischen Revolution in Russland und musste nunmehr durch die siegreiche Rote Armee nachgeholt werden. Aber es muss doch auch jedem klar sein, dass das „Eigentum“ der Von-und-zu's mit dem Blut des Volkes errichtet und betrieben wurde. Was Feudalismus bedeutet, kann man doch in zahllosen Büchern nachsehen. Aber nach wie vor wird in der Öffentlichkeit das Wirken des Adels mit Glanz und Gloria dargestellt. Was das gemeine Volk von den unzähligen Lustschlössern, Hoftheatern etc. hatte? Ganz viel Arbeit und eine Steuerlast, die das Überleben für die absolute Mehrheit unmöglich machte. Sie führten die Völker der Welt nicht zuletzt in den imperialistischen Weltkrieg und seine Massaker. Und dafür zum Lohn, entschädigt man sie auch noch und sichert ihnen zu, auch in unserer „demokratischen“ Gesellschaft zur herrschenden Klasse zu gehören. Für die gütliche Einigung bekam unser Herzog übrigens die Ehrenbürgerwürde der Stadt Gotha.

Während sich nun keiner der Besitzer um den Erhalt des Schlosses kümmern wollte, butterte das Land Millionen in das Schloss, damit es nicht zusammenbrach. Eigentum verpflichtet? Na warum denn, wenn man am Verfall mehr verdient? Trotzdem, 2018 besann sich die von der Linkspartei geführte Landesregierung anscheinend auf ihre Wurzeln und enteignete die Besitzer des Schlosses und übernahm das Schloss, um es endlich sinnvoll wiederherstellen zu können. Wer nun Hoffnungen schöpft in die „sinnvolle Nutzung des Schlosses“, kann jedoch das Konfetti wieder einpacken. Zwar soll das Schloss auf Landeskosten renoviert und wiederhergestellt werden, aber nur, um es danach wieder zu privatisieren. Danke Bodo, du oller Revoluzzer.

So wie Schloss Reinhardsbrunn verhält es sich mit manchem Gut in Thüringen. Der aktuelle Besitzer des Kulturpalastes Unterwellenborn blockiert auch schon seit Jahren erfolgreich jede Intervention des Landes zur Sanierung und hat sogar dem ehrenamtlich betriebenen Förderverein die Nutzungsrechte entzogen. Wartet er eventuell darauf, dass das Gebäude so verfällt, dass er vom Land eine angenehmere Summe zur Übernahme bekommt?

Die Fälle zeigen das Wesen des Privateigentums, das die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft stellt. Es interessiert nicht, welchen Nutzen die Dinge der Allgemeinheit bringen könnten. Bedarf an Wohnräumen, Arbeitsräumen für Initiativen und Vereine, Ateliers für Künstler gibt es genug. Aber Nutzungsrecht wird eben nur gegen Geld abgetreten. Auf Grundlage des Ausschlusses aller Nichteigentümer macht die Klasse der Eigentümer der Produktionsmittel auf der Welt ihren Profit. Dazu kauft sie sich die Arbeitskraft unserer Klasse, der Klasse derer, die außer ihrer Arbeitskraft nichts besitzen, und beutet diese aus. Ziel ist hier, immer mehr herauszuschlagen als man investiert oder an Arbeitskraft bezahlt hat. Der Profit der Minderheit baut dabei auf der Armut und der Ausbeutung der großen Mehrheit auf. Zeit wird's, dass wir Arbeiter, wir Wohnungssuchende usw. die Räume holen, die wir brauchen. Die Herrschaft der Fabrikbesitzer wird vorübergehen wie die Herrschaft der Schlossbesitzer. Und auf eine investive gütliche Einigung müssen diese Halunken gar nicht erst hoffen. •



Kulturpalast Unterwellenborn

MACHTDEMONSTRATIONEN MIT VERBOTSZONEN

Wie jedes Jahr gab es auch dieses Silvester lange Debatten über Böller, Raketen und anderes Feuerwerk, und so wie immer waren auch die angeblichen Gründe hierfür. Vor allem in Zeiten von *Fridays for Future* wird von Feinstaubbelastung gefaselt oder vom entstehenden Müll. Aber es wird auch immer offener, worum es tatsächlich geht: Aufstandsbekämpfung und die Militarisierung des Inneren. Bei den Verbotszonen, die die Berliner Polizei dieses Jahr ausgeweitet und mit großem Aufgebot relativ erfolgreich durchgesetzt hat, wird nicht einmal mehr so getan, als ginge es um etwas anderes. Dabei setzten sie - wie bei einer Heerschau - auf drei Flächen 550 Polizisten ein, und auch Wasserwerfer wurden aufgeföhren.

Die neuen Verbotszonen am Alexanderplatz und rund um die Pallasstraße in Schöneberg sind den bürgerlichen Medien jedoch noch lange nicht genug, immer wieder werden gesamte Verbote von Feuerwerken gefordert. Die Begründungen hierbei sind auch zunehmend ehrlicher, es geht um Angriffe gegen „Einsatzkräfte“. Hierbei werden Feuerwehrleute und Notärzte mit den Bullen zusammen gezählt um Betroffenheit zu generieren. In der Hauptsache geht es aber um die Angriffe mit Raketen und Böllern auf die Polizei. Die Bullen kassieren hierbei gelegentlich den Hass, der sich zurecht gegen sie aufgestaut hat, da sie die Fußsoldaten sind, deren Job es ist, dieses Ausbeutersystem aufrechtzuerhalten.

Diese Rebellion wird als Skandal dargestellt, wie dieses Jahr beispielsweise in Leipzig, wo bei der geplanten Eskalation im Stadtteil Connewitz eine Not-OP an einem Bullen erfunden wurde, um daraus eine Anklage wegen „versuchten Mordes“ zu konstruieren. Ein Jugendlicher zum Beispiel, der mit einer Schreckschusspistole in die Luft feuert, soll so in den Artikeln der bürgerlichen Medien zum Skandal gemacht werden; die Bullen, die mit echten Pistolen Teile der Stadt besetzten, sollen hingegen normal wirken. Die Schreckschusswaffe wird als gefährlicher dargestellt - es könnte ja Anwohner mit Herzproblem oder ähnlichem geben - als die Knarren,

Böllerverbot

■ Verbotszone vom 31. 12., 18.00 Uhr, bis 1. 1., 6.00 Uhr



mit denen Arbeiter auch hierzulande immer wieder ermordet werden. Wenn Adel B., um nur ein aktuelles Beispiel von vielen zu nennen, ermordet wird, soll das niemanden interessieren, im Gegenteil - wird Aufklärung und Gerechtigkeit für Adel gefordert,

wird mit Anzeigen gedroht und die Beteiligten in der bürgerlichen Presse angegriffen.

Diese versuchte Omnipräsenz der Bullen wird auch versucht herzustellen, indem nun in sogenannten Brennpunkten weitere Bulleneinheiten aufgebaut werden - mit dem hauptsächlichen Ziel, gesehen zu werden, die offen präsentierte Staatsgewalt immer weiter alltäglich zu machen. So werden bereits ab Jahresbeginn 65 Bullen abgestellt, um in den festgehaltenen „Brennpunkten“, dem Alexanderplatz, dem Görlitzer Park, am Kottbusser Tor, an der Warschauer Brücke und in Nord-Neukölln, dauerhaft präsent zu sein. Bis April sollen sie auf 125 aufgestockt werden. Diese kommen zu den „normalen“ Bullen dazu und haben den expliziten Auftrag, gesehen zu werden und aufzufallen, entsprechend laufen sie auch mit Polizeiwarnwesten umher.

Diese Denunziationen und Angriffe gegen alle von uns, die gegen ihre Situation rebellieren und gegen die Militarisierung im Innern, dem Besetzen unserer Viertel und zunehmend auch dem Rest der Stadt kämpfen, stellen wir unsere Haltung ausgedrückt in der Parole der Kommunisten entgegen: *Die Rebellion ist gerechtfertigt!* Die Wut, die sich unter anderem an Silvester in Angriffen mit Feuerwerk auf Bullen und Ähnliches äußert, ist gerechtfertigt. Sie ist Produkt der Ausbeutung und Unterdrückung, die unser tägliches Leben bestimmen. Auch wenn Böllerwerfen diese Situation nicht ändern wird, ist die Haltung die Richtige; wir haben mit diesen Verteidigern und Schergen der Ausbeuter nichts gemeinsam, und es ist gerechtfertigt, gegen sie kämpfen und sich zu wehren.

Es stehen nun die Prozesstage gegen drei Menschen an, die im letzten April BVG-Kontrolleure angegriffen haben sollen, als sie einen vermeintlichen Schwarzfahrer bei der Flucht vor diesen Lumpen geholfen haben. Auch hier gilt festzuhalten: *Die Rebellion ist gerechtfertigt!* Aus Angst vor der gerechtfertigten Solidarität mit den angeblichen Tätern finden die Prozesse im Hochsicherheitssaal statt. Die Anklage lautet auf gefährliche Körperverletzung, Nötigung, Sachbeschädigung und Diebstahl.

Dass das Geld oft ohnehin vorne und hinten nicht reicht, kennen viele von uns. Ebenso, dass dann kein Geld übrigbleibt für teure und teurer werdende Tickets - so nehmen die Preise dieses Neujahr zumeist um zehn bis 20 Cent zu, Tagestickets hingegen sind nun 1,60€ teurer. Das gilt vor allem in Anbetracht des Zustandes der Verkehrsmittel, der bereits in der zweiten Ausgabe dieser Zeitung richtig und anschaulich zusammengefasst wurde: „Verspätungen, dreckige, überfüllte, kaputte Züge und Busse, die zu früh oder zu spät abfahren, übermüdete und überarbeitete Fahrer, aggressive Kontrolleure, die man eher auf einer HoGeSaDemo oder in einem Gangsta-Rap-Video erwarten würde“. Dass Kontrolleure nicht nur optisch hier zu verorten sind, zeigen auch Beispiele wie die Klagen wegen Körperverletzung gegen drei Kontrolleure, die in einigen der Artikel zumindest am Rande erwähnt werden. Dazu kommt, dass diese sich sogar oft die erbeuteten und erraubten 60 Euro in die eigene Tasche stecken, sodass diese Barzahlung nun von der BVG abgeschafft wurde.

Die Situation ist also weder seit dem letzten Artikel, noch seit dem Ton-Steine-Scherben-Lied „Mensch Meier“ besser geworden. Im Gegenteil - die Preise steigen weiter an, der Zustand der Fahrzeuge bleibt ähnlich grausam und es ziehen weiterhin raubende Banden durch die Busse und Bahnen. Die Kontrolleure bleiben Lumpen, die ihr Geld damit verdienen, uns unser letztes Geld zu rauben für die Nutzung von Verkehrsmitteln, auf die wir angewiesen sind, da es keine Alternativen gibt und Autos zu teuer für die meisten von uns bleiben. Dies wird sich auch nicht ändern, solange wir nicht an der Macht sind, um die Gesellschaft nach unseren Bedürfnissen und Interessen zu formen. •

LASST EUCH NICHT SPALTEN!

Wie die Lokalpresse berichtet, soll es dieses Jahr neue sogenannte Reserveplätze für Geflüchtete in Billstedt geben. Der „Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge“ (ZKF) hat 2019 die Anzahl an Plätzen in Erstaufnahmeeinrichtungen in Hamburg stark reduziert, da der Bedarf gesunken ist. Stattdessen sind neue Folgeeinrichtungen hinzugekommen, die nach einer gewissen Zeit automatisch zu Sozialwohnungen werden sollen. Sollten die Zahlen der Geflüchteten jedoch wieder unplanmäßig rasant ansteigen, will die Stadt durch sogenannte „Reserveplanung“ gewappnet sein. Der Masterplan besteht aus Zeltplätzen mit zusätzlichen Feldbetten. Die Flächen dafür wurden nach langem Suchen vom Bezirk Hamburg-Mitte ausfindig gemacht. Es handelt sich dabei um die Grünflächen direkt vor den bestehenden Flüchtlingsunterkünften, die als provisorische Schlafplätze dienen sollen.

In den Stadtteilen Billstedt und Billbrook gibt es zusammengekommen bereits sieben feste Einrichtungen. Damit gehören sie zu den Stadtteilen mit den meisten Einrichtungen in ganz Hamburg. Und dass sich die Flüchtlingsunterkünfte in den Arbeitervierteln konzentrieren, ist kein Zufall. Warum siedelt die herrschende Klasse die Geflüchteten ausgerechnet dorthin, wo die Menschen sowieso schon weniger haben, wo der Wohnraum sowieso schon knapp ist, wo die Verkehrsanbindung und die gesamte Infrastruktur schlecht sind?

Die herrschende Klasse tut vieles dafür, die Klasse der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu spalten: auch die Platzierung der Unterkünfte dient diesem Zweck. Die Menschen, die bereits im Stadtteil leben, haben den Eindruck, dass sich ihre Lebenssituation durch die Geflüchteten noch weiter verschlechtert. Die einzige Erholungsmöglichkeit im Viertel wird zum Zeltplatz umfunktioniert, der versprochene neue Spielplatz muss warten, die versprochenen neuen Wohnungen müssen mehrere Jahre warten: Das, was es an Möglichkeiten für die Menschen gibt oder geben soll, wird durch die Entscheidungen der Herrschenden, die Unterkunft dort hinzustellen, eingeschränkt oder

eingestellt. Die gerechtfertigte Wut der Anwohner über die Situation in den Arbeitervierteln wird geschickt von den Herrschenden weg auf die Geflüchteten gelenkt. Die ausgebeutete Klasse wird gespalten in Ausländer und Nicht-Ausländer, in gute Ausländer und böse Ausländer. Selbst einige Menschen, die selbst geflüchtet sind, geben die Schuld für die schlechte Lebenssituation dann nicht den Entscheidungen der Polit-Bonzen, sondern den Geflüchteten selbst. So regte sich vor ein paar Jahren Widerstand der Anwohner Billstedts gegen eine weitere sogenannte Großunterkunft am Öjendorfer See. In dem Stadtteil, in dem zu dem Zeitpunkt bereits fast 2000 Geflüchtete lebten, sollten über 3000 weitere Menschen angesiedelt werden. Man wolle „hochwertigen Wohnraum“ für die Geflüchteten schaffen - etwas, was für viele Menschen in dem Stadtteil nichts weiter als ein Wunsch bleibt. Die CDU benutzt das Projekt, um gegen die Geflüchteten zu wettern und die sogenannte „Integration“, also die Assimilierung der Geflüchteten einzufordern.

2014, als der Bedarf an Unterkünften besonders hoch war, eröffnete eine Unterkunft in der Berzeliusstraße in Billstedt. Viele Menschen fühlten sich an die 1990'er-Jahre erinnert: Genau an diesem Standort gab es bereits eine Unterkunft, die aufgrund der miserablen Lebensumstände, unter denen die Menschen dort leben mussten, bekannt wurde. Geflüchtete wurden mit Menschen, die ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten und Lumpen zusammengepfercht. Die bürgerliche Presse bezeichnete die Unterkunft als „eines der größten Elendsquartiere in Europa.“ Ein staatlich konzipiertes Ghetto, mitten im Industriegebiet, von dem sich die „echten Billstedter“ fern halten sollten. Im Umkreis dieser Einrichtung befanden sich zu dem Zeitpunkt noch zwei weitere Einrichtungen: eine Flüchtlingsunterkunft und eine Unterkunft für wohnungslose Männer. Genau an dieser Unterkunft in der Berzeliusstraße sollen jetzt die Reserveplätze bereitgehalten werden.

Auch die vorübergehende Unterbringung von Geflüchteten in einem leerstehende Schulgebäude in

Billstedt sorgte 2013 für Widerspruch der Anwohner. Auf dem Gelände des Schulgebäudes sollte eigentlich neuer Wohnraum entstehen. Die zuständige Behörde betonte, dass die Unterbringung nur von kurzer Dauer wäre und der Wohnungsbau trotzdem stattfinden würde. Auch hier fühlten sich die Anwohner erinnert: Bei der Flüchtlingsunterbringung am Mattkamp versprach die Behörde auch ein vorübergehendes Bestehen von fünf Jahren, doch die Unterkunft besteht seit 20 Jahren in Billstedt. Und wieder sollen genau an diesem Standort die Reserveplätze bereitgehalten werden. Auch in Jenfeld hat es 2013 Streit um die provisorische Flüchtlingsunterkunft gegeben, die dort entstanden ist. Der Streit spitzte sich auch zu, weil die Anwohner über das Vorhaben der Stadt bis zuletzt völlig uninformiert geblieben waren. Das führte so weit, dass sich die Anwohner den Helfern, die mit den Aufbauarbeiten beginnen wollten, in den Weg stellten. Jenfeld zählt, neben Billstedt, zu den ärmsten Stadtteilen in Hamburg und zeichnet sich auch durch miserable Verkehrsanbindung aus. Der Ort der Unterbringung ist ein Park, der den Anwohnern vorher im Sommer zur Erholung diente. Auch auf den versprochenen Spielplatz müssen die Anwohner nun verzichten. Zunächst konnte sich die Aufregung um die Unterbringung der Geflüchteten seit 2015 wieder etwas beruhigen. Mehrere Erstaufnahmeeinrichtungen wurden im Verlauf des letzten Jahres geschlossen. Geschlossen wurden aber vor allem Einrichtungen, die sich in bürgerlich bis kleinbürgerlich geprägten Stadtteilen befanden. Zudem wurden die dauerhaft vorhandenen Plätze in vielen Einrichtungen reduziert, die Einrichtung in Jenfeld als einzige im Arbeiterviertel galt aber nur „als Option“ zur Reduzierung. Nach der Streichung vieler dieser Plätze in Ersteinrichtungen wurden eben jetzt, pünktlich zum Jahreswechsel, neue Reserveplätze angekündigt. Diese befinden sich ausgerechnet an den Standorten, um die vor ein paar Jahren der Widerstand der Anwohner laut wurde.

Die Herrschenden benutzen wieder mal ihre Rhetorik, um die Konzentration von Unterkünften in den Arbeitervierteln zu rechtfertigen. Angeblich

sind die ausgewählten Orte die einzigen geeigneten Flächen, die man „nach langem Suchen“ gefunden hat. Der Stadtpark, der mit seiner riesigen Grünfläche mitten in der Stadt ein einzigartiges Aushängeschild Hamburgs sein soll, wurde wohl kurzerhand vergessen? Der damalige Bezirksamtsleiter des Bezirks Mitte (jetzt Innensenator) Andy Grote sagte zu dem Widerstand gegen 800 neue Wohnungen für Geflüchtete in Billstedt, dass es von Anfang an klar gewesen sei, dass es heftige Kritik geben würde. Die Polit-Bonzen kalkulieren mit dem Unverständnis der Menschen im Stadtteil.

In den reicheren Stadtteilen werden nicht nur die größte Anzahl an Einrichtungen geschlossen, in Blankenese beispielsweise können es sich die Anwohner leisten, einfach vor Gericht zu ziehen, wenn sie ihren Reichtum nicht mit den Geflüchteten teilen wollen. Während sich die Menschen im Arbeiterviertel um den Platz im Viertel streiten, haben die Anwohner Eppendorfs eine Bürgerinitiative gegen Wohnungsleerstand in ihrem Viertel gestartet. Das zuständige Bezirksamt soll wissentlich jahrelang Wohnungsleerstand zugelassen haben.

Nicht nur schaffen die Imperialisten (der BRD) die Gründe für die Geflüchteten, in die BRD zu fliehen, indem sie Krieg, Chaos und Armut in den unterdrückten Ländern stiften. Auf dem Rücken der unterdrückten Völker der Welt wird der Kampf der Imperialisten um die Vorherrschaft in der Welt ausgetragen. Sie sind es, die am meisten darunter leiden, wenn der deutsche Staat wieder irgendeinen Krieg unterstützt. Den Herrschenden ist jedes Mittel recht, um die Vereinigung der Ausgebeuteten und Unterdrückten, gerade auch in den Arbeitervierteln, möglichst lange zu verhindern. Wir dürfen die Spaltung unserer Klasse nicht zulassen und müssen Seite an Seite stehen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe und Religion. •

BSAG MIT NEUER PREISSTRATEGIE

Seit dem 01.01.2020 sind die Ticketpreise bei der Bremer Straßenbahn AG, wie bestimmt schon viele Leser mitbekommen haben, um 5 Cent auf 2,85€ pro Einzelfahrt gestiegen. Dafür gibt es keinen Nachtlinienzuschlag mehr, durch den man zwischen 0-4 Uhr bei jedem Verkehrsmittel der BSAG – auch bei noch so kleinen Strecken – einen zusätzlichen Euro aufs Ticket raufklatschen musste. Der offizielle Grund ist, dass mehr Leute die Bahn nutzen sollen und so der Verkehr etwas auf dieses Verkehrsmittel konzentriert wird. De facto lohnt sich das Konzept also für die BSAG ab einem Verhältnis von 20 Leuten, die am Tag fahren, zu einer Person, die in der Nacht fährt – bezogen auf eine einzelne Fahrt. Da der Nachtlinienzuschlag nur einmalig zu zahlen ist und dann für die ganze Nacht gilt, rechnet sich das Konzept also in Bezug auf eine Hin-und Rückfahrt schon ab dem Verhältnis 10:1. Und es ist nicht schwer zu erkennen, dass nachts nur ein Bruchteil der gesamten Fahrgäste an einem Tag unterwegs ist. Somit schmerzt die Abschaffung dessen die BSAG nicht groß, sondern dient eher der Propagierung eines „fairen Angebots“ an die Fahrgäste – Nachtlinienzuschlag weg, dafür 5 Cent mehr pro Ticket. Wohl dem, der nur Nachts unterwegs ist.

Die Erhöhung von 2,80€ auf 2,85€ bedeutet einen Preisanstieg von knapp zwei Prozent. Knapp zwei Prozent klingt erstmal wenig, aber diese ca. zwei Prozent (oder auch mal mehr) begegnen uns genauso im Supermarkt, bei der Krankenkasse, bei der Miete – an so gut wie jeder Stelle, an der wir der herrschenden Klasse für unsere notwendige Versorgung und damit für die Aufrechterhaltung unserer Arbeitskraft zahlen. Diese zwei Prozent begegnen uns die ganze Zeit, und sie kommen auch natürlich da wieder vor, wo sie gefühlt gerade erst waren. Die Preise haben ihren eigenen Zyklus, in dem sie nach einer Zeitspanne (z.B. die letzte Erhöhung der Ticketpreise war 2018 um ebenfalls 5 Cent), um einen bestimmten Anteil wieder erhöht werden. Und betrachten wir das dann als Ganzes, zeigt uns die kleine Preiserhöhung zweierlei: Der Vorstand der BSAG und die Miteigentümer, also zu 99% die Stadtgemeinde Bremen, erwirtschaften durch knapp 300.000 tägliche Fahrgäste, die jede Fahrt fünf Cent mehr bezahlen, größeren Profit. Und für uns kommt

eine neue Preiserhöhung dazu, die einen in Summe mit den anderen schon mal ganz schön in die finanzielle Bredouille bringen kann. Das, was dann noch am ehesten konstant bleibt, ist unser Lohn. Viel Geld für eigene Bedürfnisse bleibt da nicht – soll es ja aber auch gar nicht, wenn es nach den Herrschenden geht. Was wir in den Preiserhöhungen der BSAG sehen, ist letztlich wieder mal ein ganz normaler Schritt der Bourgeoisie, in dem sie die Ausquetschung der Arbeiter intensiviert, um ihren Profit zu maximieren. Eine auf den ersten Blick so unauffällige Erhöhung um fünf Cent steht dabei ganz im Zeichen davon, dass dieser Prozess schleichend ist und sein soll.

Parallel zu den Ticketerhöhungen verstärkt die BSAG die Fahrkartenkontrollen nun seit langer Zeit. Heraus kristallisiert hat sich dabei neben den anderen Kontrollen ein Sechserpack von Lumpen, die die lang gestreckten Arbeiterviertel gerne von West nach Ost über den Hauptbahnhof mit vollem Elan für ihren Job abfahren und nicht locker lassen, bis sie jemanden hochgenommen haben. Die Bedingungen sind bekannt – 60 Euro Strafe, wenn man schwarzfährt, und wenn man sich nicht ausweisen kann, darf man erst bei der Haltestelle Polizeipräsidium aussteigen. Im Visier der Kontrolleure sind nach wie vor hauptsächlich Migranten und Ausländer aufgrund deren ökonomischer Lage, wegen der die Wahrscheinlichkeit, dass sie schwarzfahren, als höher eingeschätzt wird. Allerdings ist der Haufen auch kreativ im Auspressen der Massen, und knüpft sich deshalb auch mal gerne Jugendliche oder angetrunkene Touris vor. Als beispielsweise ein Minderjähriger in der Linie 1 zwischen Tenever und Blockdiek einer Kontrolle entkommen wollte, hat das eine Schwein ihm einen Stoß auf den Brustkorb verpasst, sodass der Junge kaum atmen konnte und nach Luft ringen musste. Weil der Kontrolleur gemerkt hat, dass er sogar im Rahmen des bürgerlichen Rechts Mist gebaut hat, hat er den Jungen ohne Aufnahme der Personalien an der nächsten Haltestelle aussteigen lassen. Alleine schon das höchst aggressive Auftreten und die Motiviertheit, sich körperlich auseinanderzusetzen, soll einschüchtern. Kurze Zeit später ist ein Kontrolleur aus der Crew gesehen worden, wie er einem migrantischen Jungen mit abgelaufener Jahreskarte sein Tastenhandy

weggenommen und versucht hat, dessen Mutter damit zu erreichen – da das Kind in der Bahn oder bei den Bullen bleiben müsse, bis es abgeholt werde. Diese Leute haben sich dazu entschieden, für ihren Lebensunterhalt den Menschen aus der Arbeiterklasse Tag für Tag als Geldeintreiber für die BSAG Übel anzutun, und stehen damit, auch wenn ihre ökonomische Lage nicht die Beste ist, auf Seiten der herrschenden Klasse.

Was bei alledem nicht zu vergessen ist, ist, dass die hauptsächliche Nutzung der Linien der BSAG darin besteht, dass Menschen zu ihrem Arbeitsplatz und von dort wieder nach Hause kommen. Und wer bei im GVZ bei BLG, in einer Lagerhalle in Achim, in den westlichen Industriehäfen oder in den Stahlwerken arbeitet, nicht zufällig gerade ein Auto zur Verfügung hat und ebenso wenig Lust, bei Wind und Wetter einmal quer durch die Stadt zu radeln, der ist auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen. Zahlt das der Arbeitgeber? Nein. Das müssen wir alles selbst zahlen. Und wenn man nach den üblichen sieben

Minuten Verspätung in die versiffte und überfüllte 10 stolpert und versucht, nicht in eine graugelbe Pfütze auf dem Boden zu treten, um dann festzustellen, dass der Automat heute keine Scheine mehr annimmt, kommt einem eher der Gedanke, warum man denn nicht eigentlich selber dafür bezahlt wird, dass man sich sowas hier antut. So oder so, wir werden dieses Problem nur lösen können, wenn wir die Hand über die Produktionsmittel, über den Betrieb haben. Eine Tagesforderung von uns auf dem Weg zu unserem Ziel ist: Kostenlose Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für alle!

Eine kleine Anekdote zum Schluss: In Santiago de Chile waren es vergangenen Oktober ebenfalls teurere Fahrkarten, die das Fass zum Überlaufen brachten. Infolge der Erhöhung der U-Bahn-Preise in der chilenischen Hauptstadt brachen die dort heftigsten Massenkämpfe seit Jahren aus. Dieses Beispiel zeigt uns, wie schnell es dann gehen kann. Wenn es hier soweit ist, dann ist das Wichtigste, dass wir vereinigt unter einer Fahne kämpfen!•



ZWEI WELTEN: DER ARMUTSBERICHT UND DIE REALITÄT

Anfang Dezember letzten Jahres wurde der Armutsbericht der BRD für das Jahr 2018 veröffentlicht. Jedes Jahr erscheint ein solcher Armutsbericht für das vorangegangene Jahr, und jedes Jahr verkündet er, dass die Armut in der BRD mal wieder angestiegen ist. Dieses Mal gibt es eine Ausnahme - zum ersten Mal seit einigen Jahren ist die Armut laut offiziellen Zahlen wieder gesunken; von 15,8 Prozent auf 15,5 Prozent. Das sind zwar nur 0,3 Prozentpunkte, aber für die herrschende Bourgeoisie trotzdem Grund genug, um sich gleich in der Einleitung des Berichtes mal selbst auf die Schulter zu klopfen und das Ganze als einen Erfolg zu verkaufen.

Wenn wir uns mit „Armut“ auseinandersetzen, sollten wir erst einmal klären, was die Bourgeoisie mit diesem Begriff überhaupt meint. Offiziell gilt laut bürgerlicher Presse jemand, der für sich allein weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens in Deutschland zur Verfügung hat, als arm. Das bedeutet 2019 bei einer Einzelperson ein monatliches Einkommen von 985 € netto. Jeder von uns kann sich vorstellen oder muss es am eigenen Leib erfahren, wie es ist, vielleicht hundert oder zweihundert Euro mehr im Monat als die „Armutsgrenze“ zur Verfügung zu haben. Der Armutsbericht basiert also auch darauf, die Realität stark verzerrt wiederzugeben. Grundlage dafür sind wie immer leicht zu manipulierende Statistiken und das Ergebnis ist in der Regel stark geschönt. Folglich sollten wir uns auch nicht zu doll von den 0,3 Prozent „Verbesserung“ beirren lassen – die Tendenz ist und bleibt, dass immer mehr Menschen in der BRD von Armut bedroht sind, völlig unabhängig von der konfuse bürgerlichen Definition dieses Begriffes und dem Geschwätz von „relativer und absoluter Armut“.

Auffallen tut, dass man also doch ziemlich schnell mit einem sehr geringen Einkommen über der Armutsgrenze liegt, laut bürgerlicher Statistik liegt man dann oft in der sogenannten „Mittelschicht“. Das ist die Garantie dafür, dass diese „Schicht“ in den bürgerlichen Statistiken immer schön die breiteste und die auffälligste ist. Denn der Mythos um die Mittelschicht oder den Mittelstand hat in Deutschland

– speziell nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg – eine wichtige gesellschaftliche Rolle eingenommen, was sich im sogenannten Gesellschaftsvertrag manifestiert. Dieser längst wichtige gewordene Begriff der Bourgeoisie steht für die Bestechung großer Teile des Volkes, sozialen Frieden im Staat aufrechtzuerhalten, mit der Vorstellung ein „guter Deutscher“ zu sein, im Austausch für Haus, Familie, Auto, Bausparvertrag und Hund. Also kein Traumleben oder Himmel auf Erden, aber ein kleines Stück sicherer Wohlstand, der zum Leben dazugehört und mit dem man sich wohlfühlen soll. Wenn man sich anguckt, wie es hier aussieht, merkt man, dass das schon funktioniert hat; die Vorstellung sitzt fest in den Köpfen der Menschen, die hier aufgewachsen und damit groß geworden sind. Grundlage für den Gesellschaftsvertrag sind die Extraprofite der Imperialisten aus den unterdrückten Nationen, die eine wie im Gesellschaftsvertrag versprochene Situation für einen Teil besser gestellter Arbeiter und Kleinbürger möglich machen. Der Gesellschaftsvertrag malt ein Bild von einer persönlichen ökonomischen Lage, die hier in der BRD Normalität und für jeden ehrenwerten „Bürger“ erreichbar sein soll. Und die Menschen, die diese Lage haben, sind dann Teil der Mittelschicht. Doch weder ist dieses Bild Normalität, noch lassen sich Menschen unterschiedlichster Stellung im gesellschaftlichen System und zu den Produktionsmitteln einfach platt nach ihrem Nettoeinkommen in einer „Schicht“ zusammenfassen.

Auf der einen Seite haben wir bereits gesehen, dass die sogenannte Armutsgrenze und der Punkt, ab dem man schon zum Mittelstand, der unter im Gesellschaftsvertrag genannten Bedingungen leben soll, gehört, bei einem absolutem Armutslohn liegt. Die obere Grenze für den Mittelstand liegt bei 200 Prozent des Medianeinkommens – somit werden in den Mittelstand mittlere Teile des Proletariats, Arbeiteraristokratie, Halb-Proletariats, der Beamten (z.B. Bullen) und in der Hauptsache die obere Schicht des Proletariats und der Großteil der Kleinbürgertums mit eingerechnet. Einerseits ist die Spanne des Mittelstands über 3000€ groß, sodass die ökonomischen Situationen äußerst unterschiedlich

sein können, andererseits werden hier Arbeiter mit der Polizei etc. vermischt und aufgrund des Einkommens in einen Karton gepackt. Dieses völlig falsche Verständnis von „Schichten“ predigt uns die herrschende Klasse rauf und runter. Die Menschheit ist und bleibt bis zum Kommunismus in Klassen gespalten, in denen es einzelne Schichten gibt. Von dem Standpunkt aus ist es nicht mehr schwierig zu erklären, was der größte Faktor für die Zunahme der Armut ist: Durch das Interesse der Imperialisten, stetig größeren Profit zu machen, rutschen mehr und mehr Teile aus den unterschiedlichen Klassen in die untere Schicht des Proletariat – oder wie die bürgerlichen Medien sagen: unter die Armutsgrenze – ab. Sollen sie die Grenze so setzen, wie sie wollen, um die „Mittelschicht“ noch so groß, wie es geht, wirken zu lassen – das Proletariat ist auch in diesem Land die größte Klasse und die Mehrheit der Bevölkerung und weitet seine Reihen stetig.

Die Autoren des Berichts geben auch ein kurzes Statement ab, was sie von der Entwicklung über die letzten Jahre halten:

„Wenn darüber hinaus die Armut bereits seit 2006 einen Aufwärtstrend zeigt, obwohl es an politischen Absichtserklärungen zu ihrer Bekämpfung nicht fehlt und tatsächlich auch eine ganze Vielzahl kleinerer Reformen auf den Weg gebracht wurden – vom Wohngeld über das BAFöG, dem Kinderzuschlag bis zum sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket – so ist dies ein klarer Hinweis darauf, dass es mit Klein-Klein und reformerischem Stückwerk offensichtlich nicht getan ist, will man

Armut nicht lediglich verwalten, sondern tatsächlich abschaffen oder doch zumindest reduzieren.“

Völlig richtig, dass Reformismus und all die Zugeständnisse und Lügen, die die heuchlerischen Politiker dieses Systems Tag für Tag verbreiten, im Endeffekt nutzlos sind. Doch was darauf folgt ist wieder nur ein reformistischer Forderungskatalog in sozialdemokratischer Manier, der die Probleme lösen soll. Ein bisschen lächerlich, wenn man doch bedenkt, dass gerade erst festgestellt worden ist, dass Reformismus nutzloser Schwachsinn ist. Aber mehr ist auch nicht zu erwarten vom Herausgeber. Worauf der Armutsbericht auch unheimlich Schwerpunkt setzt, sind regionale Differenzen. Die Rede ist – sogar der Titel des Berichts – von einem viergeteilten Deutschland. Natürlich ist bewusst, dass Menschen in Süddeutschland im nationalen Vergleich durchschnittlich höheres Einkommen haben und Menschen im Pott eher ein geringeres. Das ist allerdings überhaupt keine relevante Ursache für die Entwicklung und Zunahme der Armut in der BRD, sondern nur eine Vertuschung der tatsächlichen Umstände, dass immer mehr Menschen mit besserer ökonomischer Stellung ins Proletariat abrutschen. Doch das führt nur dazu, dass immer mehr Leute bereit sind, gegen das verfaulende System des Imperialismus zu kämpfen und das Proletariat immer mehr in der Lage dazu ist, es zu überwinden. Es liegt nur noch an den Kommunisten, die auch in diesem Land zu neuer Stärke zu gelangen müssen, um diesen Kampf der Massen führen zu können. •



KINDERGARTENPLÄTZE? NICHT FÜR ARME!

In dieser Ausgabe der RoPo veröffentlichen wir einen Artikel, der uns von den Genossinnen des Roten Frauenkomitees Bremen zugesandt wurde. Wir freuen uns über den erneuten Beitrag der Genossinnen und hoffen, dass wir in Zukunft auch von anderen Artikel über lokale Probleme der Frauenbewegung bekommen.

Das Patriarchat und der Imperialismus bringen unzählige Probleme für uns Frauen mit. Das ist alles andere als ein Geheimnis. Doch mancherorts sind einige Probleme noch drastischer als anderswo. Eines dieser Probleme ist hier in den Arbeitervierteln Bremens der große Mangel an Kitaplätzen. Allein in Bremen fehlen 1066 Plätze für Kinder in den Kitas. Das heißt ganz einfach: 1066 Kinder können nicht in den Kindergarten gehen, obwohl sie eigentlich ein Anrecht darauf haben. 1066 Eltern, in der Hauptsache Mütter, haben nicht die Möglichkeit, vernünftig arbeiten zu gehen, da sie den ganzen Tag lang rund um die Uhr für ihre Kinder sorgen müssen. Aber gleichzeitig auch 1066 Kinder, denen die Möglichkeit genommen wird, in den ersten Jahren ihres Lebens gemeinsam mit anderen Kindern aufzuwachsen, zu spielen oder herumzutoben. Keine gute Situation, weder für die Mütter, noch für die Kinder. Doch dieses Problem ist nicht in der ganzen Stadt zu finden.

Schauen wir mal ins „gutbürgerliche“ Borgfeld oder in die kleinbürgerliche Östliche Vorstadt in der Mitte der Stadt. Oder vielleicht nach Horn, wo man unter anderem die teuersten Villen der Stadt findet, oder vielleicht auch nach Oberneuland, dem insgesamt reichsten Stadtteil Bremens. Rechnet man die fehlenden Kindergartenplätze in all diesen vier Stadtteilen zusammen, kommt man nicht einmal ganz auf 20. Und in den anderen Bonzenvierteln hier sieht es nicht anders aus. In unseren Vierteln hingegen finden wir das gegenteilige Bild dazu. Allein im proletarischen Stadtteil Vahr fehlen mehr als fünf Mal so viele Plätze wie in den reichen Stadtteilen zusammen. Und die Vahr ist noch nicht einmal das extremste Beispiel - in Hemelingen, Huchting und Vegesack ist die Lage am miserabelsten. Alles Viertel unserer Klasse an den Rändern Bremens. Und alles Viertel, in denen weit über hundert Plätze fehlen. Wir sehen also, dass es unsere Klassenlage ist, die darüber entscheidet, ob wir unsere Kinder

in den Kindergarten schicken können oder nicht. Und sind wir dann wirklich damit gescheitert, einen Kindergartenplatz zu bekommen, ist das Kind hauptsächlich das Problem von uns Frauen. Denn auch, wenn wir in einer Beziehung sind und unsere Kinder gemeinsam mit unserem Mann großziehen, sind wir Frauen oftmals diejenigen, denen diese Aufgabe zufällt. Doch dazu später mehr.

Häufig fangen die Schwierigkeiten schon weitaus früher an. In Bremens gibt es weit mehr Alleinerziehende als in anderen deutschen Städten. Insgesamt erziehen über 18.000 Menschen ihr Kind oder ihre Kinder allein. Und das nur in Bremen. In der Hauptsache sind diese alleinerziehenden Frauen. Uns sind zwar keine genauen Zahlen in Bezug auf Bremen bekannt, doch deutschlandweit liegt der Frauenanteil bei den Alleinerziehenden bei etwa 90 Prozent. In Bremen werden die Zahlen nicht groß anders ausfallen. Von diesen 18.000 Alleinerziehenden sind mehr als die Hälfte auf Grundsicherungen angewiesen, müssen also aufstocken oder beziehen ganz Hartz IV. Bei den Alleinerziehenden, die mehr als ein Kind haben, sind es sogar über 80 Prozent, die staatliche Hilfe beziehen, 69 Prozent sind komplett arbeitslos. Stumpfe Zahlen, die uns allerdings viel beweisen. Es ist klar, dass man als Alleinerziehende schneller in die Arbeitslosigkeit rutscht oder vielleicht allerhöchstens mal Teilzeit arbeiten kann und am Ende des Monats trotzdem nicht genug Geld zur Verfügung hat. Doch auch wenn wir nicht alleinerziehend sind, sind wie schon gesagt meist wir Frauen für die Kinder verantwortlich und leiden darunter, wenn wir keinen Kitaplatz für unsere Kinder bekommen. Denn wer verdient in der Regel in der Beziehung das meiste Geld? Der Mann. Darum wird sich oft von Familien dafür entscheiden, dass der Mann arbeiten geht während die Frau zuhause bleibt und sich um Haushalt und Kinder kümmert. In den Familien unserer Klasse, wo das Geld sowieso schon knapp ist, stellt sich diese Frage meist erst gar nicht. So wird

das Modell der bürgerlichen Familie, das wir alle kennen, aufrechterhalten. Den Frauen die Küche, die Wäsche, der Besen und die Kinder. Der Mann geht Arbeiten und ist das Oberhaupt der Familie, denn er verfügt ja auch über das Geld, das er verdient - das völlig klassische Modell, das der bürgerliche Staat vorgibt bzw. erhalten möchte, da es ihm in die Karten spielt, unseren Interessen aber vollkommen zuwiderläuft. Es ist die doppelte Unterdrückung der Frau durch Imperialismus und Patriarchat.

Zurück zu den fehlenden Kindergartenplätzen. Die bürgerlichen Parteien in Bremen haben sich auf die Fahnen geschrieben, das Problem um den Mangel von Kitaplätzen zu lösen. Und das schon bis zum kommenden Sommer. Eine sehr optimistische Haltung, wenn man doch bedenkt, dass die Situation eigentlich immer schlechter wird und tendenziell eher mehr Plätze fehlen. Zeitgleich werden Kindergärten in den Arbeitervierteln dicht gemacht, wenn die Eltern sich nicht dagegen wehren, wie ein Fall einer Kita in Oslebshausen gezeigt hat.

Wir sehen an diesem Beispiel aus Bremen einmal mehr, dass vor allem die Arbeiter und unter ihnen vor allem die Frauen durch dieses System unterdrückt und ausgebeutet werden. Während es den Bonzen in ihren Stadtteilen an so gut wie nichts fehlt,

müssen wir, um unsere Kinder in den Kindergarten zu bringen, durch die halbe Stadt fahren - vorausgesetzt, wir haben überhaupt erst das Privileg, einen Platz zu haben. Wenn wir keinen Platz haben, heißt es im Endeffekt „Pech gehabt!“ für uns Frauen. Die proletarischen Frauen sind es, die von diesem System doppelt unterdrückt und ausgebeutet werden. Und das heißt auch, dass wir doppelten Grund haben, aufzustehen, zu rebellieren und zu kämpfen. Damit dieser Kampf eine Perspektive hat, brauchen wir eine Kommunistische Partei, die es gilt, in diesem Land zu rekonstituieren. Dazu müssen auch insbesondere wir Frauen unseren Beitrag leisten, sonst wird unser Kampf nicht der um unsere Emanzipation und die Befreiung der ganzen Menschheit, sondern nur eine allgemeine Wohltätigkeit für Frauen. Denn wir sind an erster Stelle Proletarier und an zweiter Stelle Frauen. Unsere Klassenzugehörigkeit und unser Klassenstandpunkt spielen eine wichtigere Rolle als unser Geschlecht in diesem auf Ausbeutung und Unterdrückung basierenden System. Um in der Lage zu sein, unseren Beitrag zu diesem Kampf zu leisten, müssen wir vor allem auch mit den falschen Ideen in unseren eigenen Köpfen brechen. Mit all den patriarchalen Ideen, die uns die bürgerliche Gesellschaft eingepflicht hat, um selber Kämpferinnen und Führerinnen unserer Klasse werden zu können und Patriarchat und Imperialismus zu zerschlagen. •



Die moderne Notlösung: KiTa im Container

LESERBRIEF - TV-SERIE KU'DAMM 56

Wir freuen uns sehr, dass unsere Leserin sich mit einem Leserbrief bei uns gemeldet hat, in welchem die Genossin eine Anmerkung zu einer populären TV-Serie gibt. Die Anmerkungen der Genossin entsprechen ihrer Auffassung und nicht in allen Punkten der der Redaktion der RoPo. Trotzdem finden wir den Text als solchen sehr begrüßenswert. Wir hoffen, dass andere Genossen sich inspirieren lassen von der beispielhaften Haltung der Genossin und sich auch trauen, sich über ihre Belange auf gleiche Art bei uns zu melden. -Redaktion der Roten Post

„Morgen gehen die Haftbefehle an die Polizei. Das mach' ich nur für uns, Helga!“, macht Wolfgang seiner Frau klar. Der Familiensegen der Kleinfamilie hängt schief. Wolfgang ist nämlich als schwuler Mann in die Ehe gegangen. Ein Skandal für die damalige Zeit, 1956, und natürlich eine Enttäuschung für seine Ehefrau. 1956 ist auch das Jahr, in dem die Kommunistische Partei Deutschland verboten wird. Und genau davon handeln die besagten Haftbefehle: Der junge Anwalt Wolfgang arbeitet im Namen der Regierung. Auf der Arbeit hat er - im Nachkriegsdeutschland - das Problem, dass er dem Vorstand der Anwaltskanzlei nicht „rechts genug“ sei. Ansonsten wimmelt es um ihn herum nur von ehemaligen SS-Leuten oder Menschen, die davon profitieren, dass ganze jüdische Familien vergast worden. Denn nur so hat seine Schwiegermutter im Dritten Reich die Tanzschule (der Mittelpunkt der TV-Serie Ku'damm 56) erhalten.

Klar ist die Serie auch klischeeerfüllt. Am Ende erlöst der amerikanische Swing-Tanz das kritischste Familienmitglied und befreit sie aus den konservativen Zwängen der Familie. Zudem verliebt sie sich letztendlich doch in den skrupellosen und selbstsüchtigen Fabrikbesitzer, der sie am Anfang des Dreiteilers vergewaltigt hat. Alle leben ihren alten Standard auf Kosten der vergasten Juden, niemand verurteilt den im KZ Auschwitz praktizierenden Arzt, der sich auch in die Familie einheiratet. Es wimmelt nur so von rechten konservativen Einstellungen im Umfeld der Familienbande, mit der sich der Zuschauer identifizieren soll. Das macht die Serie aber nicht schlecht. Denn genau das ist der Punkt, an dem ich zu sagen wage, dass diese deutsche Dramaserie sehenswert ist und sie ein authentisches Bild der Zeit zeichnet.

Und was den Haftbefehl der KPD-Funktionäre angeht: Natürlich haben die Genossen aus der KPD schon im 2. Weltkrieg Widerstand geleistet - ein wichtiger

Punkt. Wolfgang ist emotional beteiligt, als er seiner Frau eröffnet, was er tun soll. „Das Verfassungsgericht wird in Kürze die Kommunistische Partei bei uns verbieten und dann werden sofort alle hohen KPD-Funktionäre verhaftet“, schildert er ihr. Er macht ihr am Anfang der letzten Folge der Serie noch klar, dass er es abgelehnt habe, die Anklageschriften hierfür vorzubereiten. Sie fragt ihn enttäuscht, warum er das getan habe. Wolfgang kenne einen der Männer persönlich, einen engen Freund seines liberalen Vaters. Er wird direkter, was die KPD angeht: „Helga, diese Männer waren im Widerstand, haben ihr Leben riskiert und jetzt werden sie von unserem System zu Verbrechern erklärt?“ Das überzeugt seine Frau nicht. Dass ihr Mann seinen Job und somit seine gesellschaftliche Position behält, ist ihr wichtiger. Es sei ja auch verboten, dass Männer Männer liebten und erlaubt, dass Männer ihre Frauen schlugen. Beides Begebenheiten, die in dieser Familie vorkommen. Also entschließt sich Wolfgang kurze Zeit später doch dazu, es seiner Frau Recht zu machen und die Haftbefehle auszustellen. Noch nicht einmal den Bekannten zu warnen ist drin: „Nein das wirst du nicht tun! Wenn das rauskommt, Wolfgang“, gibt Helga zu bedenken. „Ja.“, willigt ihr Ehemann ein.

Vorkriegszeit, Kriegszeit und Nachkriegszeit: Die Staatsform ändert sich nicht. Früher wie zu Zeiten des Ku'damm 56 und heute herrscht das gleiche ökonomische Unternehmen. Darum ist 1956 auch so wichtig für die Herrschenden, dass die KPD verboten wird: Es gibt keinen gesellschaftlichen Umbruch, es wird keinen klaren Prozess gegen alle Faschisten und SS-Leute geben (können). Die Macht geht auch damals von den Verbrechern von gestern aus. Die Macht geht vom Volk aus? Und das Privateigentum ist geschützt. In der Serie ist direkt klar, dass das Privateigentum, dass in der Serie im Mittelpunkt steht - die Tanzschule am Ku'damm 56 - auf Krieg, Verschleppung und Mord beruht. In heutigen Zeiten

ist der Knackpunkt: Wenn man Privateigentum kritisiert, ist man auf einmal verfassungswidrig. Alle im Volk - damals wie heute - die als verfassungsfeindlich eingestuft werden, können nicht mehr mitmachen in der Demokratie! Die Macht geht also nicht wirklich vom Volk aus.

In dem HipHop-Lied „Nobody Speak“ von DJ Shadow feat. Run The Jewels heißt es ironisch: „Hey, you wanna hear a good joke? Nobody speak nobody get choked“, was übersetzt so viel heißt wie: „Wollt ihr mal nen guten Witz hören? Wenn keiner redet, müssen wir auch keinen erdrosseln.“ Nicht zu reden, seine Stimme nicht zu erheben, bedeutet bereits erdrosselt zu sein. Und ich finde, dass man diese beklemmende Wahrheit an so manchen Stellen in der Serie wahrnimmt. Sich in Lügen und Intrigen fügen, nur, um nicht aufzufallen und nicht als sittenwidrig zu gelten.

Übrigens wird auch kein allzu schlechtes Licht - wie sonst in so vielen Populärmedien - auf die DDR geworfen. Der junge Torwart der Nationalmannschaft der DDR zum Beispiel wird hingehalten und verarscht von einer der Hauptdarstellerinnen in der Serie. Alle Umstände machen ihn zu Sympathieträger und werfen ein verfaultes Licht auf die jüngste Tochter am Ku'damm 56. Und das Leben geht weiter. Alle leben in der pruden Welt, als ob nichts geschehen sei. Es wird weiter nach Regeln von Stand, Sitte und Legalität in der kleinbürgerlichen Familie gelebt.

Zwanghaft zum Schein. Bloß nichts illegales tun, damit man das Gesetz nicht bricht! Der sich selbst als Kriegsverbrecher betrachtende Vater der Familie ist übrigens freiwillig in die DDR geflüchtet, um seine Schuld wieder gut zu machen und eine gerechtere Welt zu gestalten. Er - nach Kriegsende nun tätig als Grundschullehrer in der DDR - ist überzeugt davon, dass der Wohlstand von wenigen auf Kosten von vielen durch die Ausbeutung der Schwächeren geht. Er ist nach dem Krieg einfach nicht nach Hause gekommen. Er stand vor der Tanzschule am Ku'damm 56, die ihm nicht gehörte und sah ein, dass er so nicht weitermachen könnte; „Tanzen auf dem Grab dieser (eigene Anmerkung: vergasten jüdischen) Familie“. Schmerzlich ist zwar, dass er seine Familie nach dem Krieg hat sitzen lassen, zu seiner Verteidigung macht er aber klar: „Hier geht es um größere Dinge, um gesellschaftliche Verantwortung. Meine Platz ist jetzt hier im aktiven Antifaschismus. Ich muss unsere Schuld wiedergutmachen.“

Ja, diese Serie stammt aus dem öffentlich rechtlichen Segment, meiner Meinung nach ist der Unterton dieses Dreiteilers aber eine gelungene Kritik an das System. Ich kann diese Dramaserie Genossinnen und Genossen guten Gewissens als sehenswert empfehlen und bin froh, dass auch Menschen aller anderen politischen Gesinnung diese Serie sehen und somit die Möglichkeit bekommen, zumindest ein bisschen aufgeklärt zu werden über gewisse historische Umstände! •





DEMVOLKEDIENEN.ORG

Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KONTAKT:
ROTEPOST@GMX.DE

TERMINE IM FEBRUAR & MÄRZ

BREMEN

Café Rebellion - BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch - geöffnet ab 17 Uhr

8. MÄRZ: Internationaler Frauenkampftag
Haltet Augen und Ohren offen nach Aktionen in eurer Stadt!

